

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

153 (3.7.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-433628](#)

Die "Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Samm- und Feiertagen. Abonnementssatz bei Vorauszahlung für einen Monat einfach 5.50 Mark, bei Abholen von der Expedition 5.00 Mark, auch die Post bezogen vierfachlich 14.10 Mark, monatlich 4.70 Mark zusätzl. Belehrung.

Republik

Preis 25 Pf.

Bei den Abonnenten wird die einzige Tageszeitung über deren Raum für die Interessen in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umpgenau, sowie der Filialen mit 1.00 Mark berechnet, bei Wiederabholungen entsprechender Rabatt. Reklamepreis 4.- Mk. Plakatschreiber unverändert. Geringere Interesse vorher erweisen

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76,
Fernsprecher Nr. 55

Rüstringen, Sonnabend, 3. Juli 1920 * Nr. 153

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 555

Mietsteigerungen.

Uns wird geschrieben: Um nur einigermaßen ihre Ausgaben decken zu können, leben sich die Gemeinden jetzt vielfach genötigt, eine wesentliche Erhöhung der Grundsteuer vorzunehmen. Natürlich wollen die Haushaltungs- und Grundsteuer diese Mehrbelastung nicht tragen und sie müssen die neuen Kosten auf Mieter und Boden ab. Beide wird in den allermeisten Fällen veracht werden, mehr aufzuhören, als die Erhöhung ausmache, um den organisierten Haubebau hat ja schon seit langer Zeit dafür mobil gemacht. Er rechnet aus, daß alle Produkte im Preis und das Gehinde gestiegen sind und er möchte auch gar zu gern eine Verhinderung der Friedensmäte durchführen oder darüber noch hinzuholen.

Wir geben gewiß gern zu, daß die Auswendungen des Haushaltshauses erheblich gestiegen sind, und wir haben uns deshalb gegen eine gerechtfertigte Erhöhung der Mieten nicht gestellt. Deshalb sind aber dieforderungen des Haushaltshauses auf einer weitergehenden Stufe. Mehrbelastung der Wirtschaft durchnicht bereitgestellt. Denn die Steigerungen der Ausgaben der Haushalter sind keine dauernden. Lieber kurz oder lang werden auch so wieder Verhältnisse Platz greifen, die wesentlich günstiger liegen als die jetzigen. Würden die Mieten so erhöht, daß der Haushalter für die Entwertung des Geldes voll entlastigt würde, dann würde eine ungeheure Vertreibung der Mieten eintreten und das Allgemeinwohl wäre, daß die Mieten nicht niedrig abgesetzt werden könnten, selbst wenn die Instandhaltungsfesten sich erheblich verminderen. Denn in diesem Augenblick würde der Grundstücksstaub in einer Weise einzehen, wovon der bis vor Kurzem bestehende nur ein Schatten ist.

Es muß von den Haushaltern verlangt werden, daß sie die Mieten nicht mehr erhöhen, als es gerechtfertigt ist, und den Mieter zu empfehlen, alle unbedingten Mietsteigerungen abzulehnen und das Mieteinzahlungskonto einzulösen.

Die erheblichen Mietsteigerungen sind in der Regel von denen vorgenommen worden, die in den letzten Jahren Wohnhäuser kauften und dafür Preise zahlten, die weit über das hinausgingen, was vor dem Kriege, als die Wohnungsnutzung noch nicht im entferntesten so groß war wie jetzt, bezahlt wurde. Diese Haushalter wollen natürlich ihr Kapital verzinsen und die Urkosten gedeckt wissen, selbst eine billige Wohnung haben und vielleicht noch einen Nebenzins erzielen.

Eine solche Politik muß abgelehnt und bekämpft werden. Der Liebhaber- oder Sparsamkeitspreis zahlt über oder unter keinen Kriegsgewinne sicher anlegen wollte, der kommt auf seine normale Verjüngung Anspruch erheben, und wer den Grundstückswert unterstüzt hat, indem er die Preise für die Wohnhäuser hochsetzt, kann nicht von seinen Mietern verlangen, daß sie ihm die gemündete Rente garantieren.

Es wird übrigens hohe Zeit, daß in der Wohnungspolitik ein großer gemeinschaftlicher Zug kommt. Die Frage ist gewiß nicht einfach; aber die Art der Zeit erfordert hier einen tiefen Eingriff in die Rechte des Besitzers. Dieser Eingriff ist ja schon um deshalb berechtigt, als die Wohnhäuser fast ausschließlich nur zu einem kleinen Teil Eigentum der gerichtlich eingetragenen Besitzer sind. Die Hauptbesitzer sind in der Regel von den Sparaschen und Kreditgesellschaften gegeben und diese Besitzer sind Eigentum der Allgemeinheit. Was wollten die Haushalter wohl unternehmen, wenn die Miete der Mieter mit einem Schlag ihre Bilder kündigte und abholte und die Sparstellen in großer Umfang die Hypotheken einkündigten? Es gäbe einen Arsch auf dem Gütermarkt, wie wir ihn schlimmer noch nicht erlebt haben. Die Wirtschaft der Haushalter war bisher auch völlig falsch eingesetzt, und sie konnte sich in der hinter uns liegenden Zeit nur halten, weil einstens die Wohnungsnutzung nicht vermindernde und weil fast mit jedem Jahre die Gebührensichten von Renbauten höher wurden.

Hätten Reich und Staat schon vor Jahren das Erbbaurecht in großem Umfang durchgeführt oder den Wohnungsbau in großem Maße selbst in die Hände genommen oder gemeinschaftliche Bauvereinigungen übertragen, dann würden jetzt weniger Schwierigkeiten vorliegen sein.

Ein großer Fehler liegt darin, daß Abreibungen an Haushalten nur selten vorgenommen wurden. Das von Hand zu Hand gingen und mit jedem Male teurer wurden. Dieser Zustand ist noch verschärft worden durch die gesetzliche Abgabenpflicht, die Staat und Gemeinden zwar Einnahmen garantierten, die aber so ausgeschlagen wurden, wie man sie vereinbart, anstatt sie für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Das Interesse des Privatbesitzes ließ es immer geboten erscheinen, eine möglichst hohe Verzinsung des Kapitals zu erzielen. Er steigerte die Mieten, so wie es die Konjunktur zuließ, und holte er in normalen Zeiten eine sieben- oder achtprozentige und höhere Verzinsung erreicht und hatte sein besonderes periodisches Interesse an dem Grundstück, dann verlorste er nicht selten das Grundstück zu einem viel höheren Preis als die Gebührensichten waren. Auf diese Weise erreichten Kapitalisten, die auf einem Grundstück eine lege Hypothek mit 20.000 Mark hatten, nicht selten eine 30- bis 40-prozentige Verzinsung ihres Kapitals und einen Gewinn, der höher war, als ihr Kapitalanteil. Und das alles mit dem Geiste der Allgemeinheit! Der neue Besitzer rechne nun aber den Mieter glaubhaft vor, daß sich das

Polnische Schikane in Ostpreußen.

Die Reichskonferenz überstande am 26. Juni den Vorschlag der deutschen Friedensdelegation in Paris folgende Note:

Sie haben durch die Note vom 7. Juni die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Notwendigkeit hingekehrt, denjenigen Bürgern, die gegenwärtig außerhalb der Grenzen von Allenstein und Marienwerder wohnen und sich zur Volkszählung dort hin zu begeben wünschen, freie Ausübung ihrer Rechte zu verbürgen. Ihnen die verbündeten Mächte den von Ihnen vorgetragenen Bemerkungen Rechnung tragen, haben Sie folgende Abschlüsse gefaßt, welche ich mich beschr. Ihnen in Ihrem Namen mitteilen.

Die deut. Delegirten in jeder Abstimmungszone werden ermächtigt, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, damit eine passende Auswahl von Sonderwahlen (die Wahl wird in jedem einzelnen Zolle von der interallierten Kommission festgestellt) von Deutschen die Wähler herbeiführen, das sind die Freiheit, ohne die Abstimmung teilzunehmen. Die Wahlen werden von Offizieren der Verbündeten begleitet, die den Antrag haben, die durch Erteilung geeigneter Auslandspapiere Sicherheit vorzuhalten, daß nur Personen, die zur Abstimmung zugelassen werden, diese freizeigen. Unter diesen Bedingungen werden alle Fälle für die Durchsetzung durch die polnischen Autoritäten gehoben werden. Die interallierten Kommissionen für Marienwerder und Allenstein werden die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Durchführung der vorstehenden Abschlüsse zu sichern.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Die deutsche Friedensdelegation hat im Auftrag der deutschen Abstimmungskommission geplant, einen Teil der öst- und westpreußischen Abstimmungsbezirke durch Abzüge in die Heimat zu bringen. Die deutschen Abzüge sollen in einem Raum etwa 3000 Deutsche nach den Abstimmungsgebieten und zurück befördern. Sie war zu diesem Zweck ausdrücklich durch die interallierten Kommission zugelassen und mit besonderen Kennzeichen versehen. Seit gestern befinden sich die Pole, sämtliche über den polnischen Siedlungen liegenden deutschen Abzüge des Friedensvereins mit Infanterie- und Maschinengewehrener von den verschiedenen Stellen aus, teilweise unter Bewaffnung von Brandmunition. Ein deutsches Abzug, zähler Höhe, wurde in die Steuerung getroffen und verunglückt.

Aus Königsberg erhalten wir folgenden Bericht: Die Ankunft der Abstimmungsbefreiungen aus allen Teilen des Reichs ist bereits im vollen Gang. Mehrere Tausend trafen schon auf dem Strome in dem reich gesäumten Fluss ein und wurden von dort mit der Bahn in die einzelnen Abstimmungsgebiete weiter befördert.

Reichstagdispositionen.

In der heutigen Reichstagssitzung wird die Abstimmung über das von den Unabhängigen eingebrachte Wählervotuum

Grundstück nicht verzinst und er drohte aus dem Grunde weiter an der Mietzinsabschraube.

Dieser Willkür und diesem Durcheinander muß ein Ende gemacht werden. Reich, Länder und Gemeinden müssen die Führung in der Wohnungswirtschaft in die Hände nehmen und die Mieter müssen selbst mit eingetreten, und das gleicht, wenn sie die Reduzenzempfehlung des Haushalters, die vielerorts in diesen Tagen aufgeschlagen werden, selbst nachprüfen oder von Mieteinzahlungskonto nachprüfen lassen.

Deutscher Reichstag.

Die allgemeine Aussprache wird fortgesetzt. Das Wort nimmt der bisherige Reichslandrat Abg. Müller-Franz (Sos.): Mit meinem Brief an den Abg. Griepen habe ich nur eine Ausnahme herbeiführen wollen über die Frage, ob die Unabhängigen bereit sind, mit uns eine sozialistische Position zu schaffen, um die sozialistischen Errichtungen aufrecht zu erhalten und eine sozialistische Antispezialpolitik zu garantieren. Schon diese Aussprache von Herrn Griepen abgesetzt worden. Unsere 5.614.000 Wähler haben gezeigt, daß die Mehrheit des deutschen Arbeiters sich zur Demokratie bekannte und nicht den Spuren Nachalts folgen will, wo von Sozialdemokratie nichts zu hören ist. (Brot bei den Sos., Brot bei den II. S.) Ich muß einen Worten zu dem sagen, was Abg. Behrend über meinen Freund Rosé gesagt hat. (Behrend, Zweite Klasse bei dem II. S.; Braunschweig) Wir haben ja schon erläutert, daß der Reichslandrat, mit Unterstützung des Nord- und Ostdeutschen Verbandes, die Wirtschaftspolitik der Allianz bestreitet, weil der momentane Aratenboom sehr leicht ist, wenn er tritt der Reichslandrat ein und der Reichstag entscheidet. Das Reich darf nicht bis zum Winterhalbjahr angekündigt werden. Der Ursprung dieser Gedankenlage sind den Monaten während des Krieges mit unserer Erfahrung, die uns in die Kriegsschlachten infolge des Westfrontantrittes, durch die uns das alte Material, was genommen ist und die Überflutung der Regierungsräume und die Industriereröffnung fortgeschritten, die nicht mit dem Wiederaufbau der französischen Wirtschaft gerechnet werden müssen. Der Hauptgrund der außerordentlich schlechten Lage der Wirtschaftsschlachten liegt in den riesenhaft steigenden Personalaufwendungen, die noch kein Aufsehen zu erheben sind, ein unerträglicher Aufwand. Das Reich darf nicht bis zum Winterhalbjahr angekündigt werden. Dein Verfestigung geht nicht auf die Verhandlungspolitik Bericht, der noch vor wenigen Monaten so viel geweihte Theorie des Ausgleichs der Industrieverschuldung, die nicht mit dem Wiederaufbau der Industriegerechtsame gerechnet werden müssen. Ich wage nicht zu bestreiten, daß der momentane Aratenboom, der die Wirtschaftspolitik der Allianz bestreitet, weil der momentane Aratenboom sehr leicht ist, wenn er tritt der Reichslandrat ein und der Reichstag entscheidet. Das Reich darf nicht bis zum Winterhalbjahr angekündigt werden. Das Brot auf die Wirtschaftspolitik der Allianz bestreitet, weil die Wirtschaftspolitik der Allianz bestreitet, weil die Brotfrage nicht beliebig erhöhen. Da die Reaktion der Wirtschaftsverwaltung zugesunken ist, so erhöht sich ein Gesamtlaufend aus dem außerordentlichen Obst von 26,4 bis 27,6 Milliarden, so wie wiederum im Obst von insgesamt 54,4 bis 55,4 Milliarden liegt und steht. So die Erstmaligkeit endet ja, das ist die furchtbare Größe, die wir uns vorstellen müssen. Bei derartiger Ansicht können doch keine Selbstverständlichkeit, die Schulden des Reichsministeriums, gegenwartig betrachten sie rund 20 Milliarden. Da das Reich nun aufzukommen hat für die Wirtschaftsaufwendungen der Länder und Gemeinden, ferne für die Abwindungen im Zusammenhang mit der Übernahme der Güterbahnen, so ergibt sich eine Reichsschulden von ungefähr 265 Milliarden. Es kann nicht weiter gehen, daß die ganze Wirtschaft vom Reich bestreitet und dann noch bei der Erziehung der Staaten, Gewerbeleben genötigt werden. Gerade weil man im Kriege nicht an das Gewerbeleben gedacht werden ist, ist unsere heutige Finanzlage außerordentlich trostlos. Die Folgen der etwaigen Steueraufzehrungen wären nicht auszudeuten und müßten in einer Art des Arbeitsaufstandes treffen. Nur um vom Volke erwartet, daß es angesehnliches der gewaltigen Bedeutung der Steuererhebung für

ersfolgen. Unsere Delegation hat einstimmig beschlossen, daß Möhringsdorf vom der Unabhängigen abzulösen, da es von Scheidemann abgesetzten absehbar widerstreift, daß wir und gegenüber der Regierung abweichen möchten. Nach Abwurf der großen politischen Debatte wird der Reichstag nach die Interessen der Arbeiterklasse, die Lebensmittelnot, erledigt. Die Delegation bestimmte zu Redern für die Wohnungsforschung Silbermann und Moltenau, für die Wohnungsforschung Silbermann und Sollmann, für den Marburger Studentenpreis Dr. Möhring. Das Reichstag wird vermutlich bis in die zweite Wiederwahl zusammenbleiben.

Das Blatt nahm gestern Anträge sämlicher Parteien auf Einführung eines Ausdrucks von 25 Millionen zur Belebung der Dörfer bei Errichtung des Einkommens aus einer durch Abzug vom Reichssatz ohne Aussprache an.

Agrarische Forderungen.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beleben, die Regierung zu ersuchen, die öffentliche Vermögensaufgabe mit Ausnahme von Bruttogerecht. und Wirtschaft und u. v. g. aufzugeben und aufzuhören und Maßnahmen zu treffen, um durch Steigerung der Bruttogerecht. und Wirtschaftszugang die öffentliche Bekleidung der gesamten öffentlichen Betriebsbildung zu ermöglichen.

Um die Bordzulagen.

Bei der Beratung des Reichstags beschäftigte sich der Haushaltsausschuß gestern mit dem Bordzulagen. Abg. Salomon (Sos.) beantragt, diese zu streichen, dagegen den Reichsverwaltung und den Dörfern vorläufig die Zulage zu lassen. Ein Regierungsvorbericht teilt dem Antrag entgegen. Die Bordzulagen seien gegeben worden, um einen Zugleich zu erhalten, daß ein eigenes militärisches Versorgungshof geschaffen ist. Der Chef der Admiralsität legt die eindringlichen Verhältnisse dar und erachtet ebenfalls, die Bordzulagen nicht abzulehnen. Der Antrag ist zwei Millionen wird schließlich durch fast einstimmigen Beschluss um eine Million gestutzt.

Neue Plüscherungen in Worms.

Aus Worms wird gemeldet: In den gestrigen Abendstunden wurden die bereits vorher beginnenen Plüscherungen fortgesetzt. Alle Colonialwarenläden sowie Schuhwarengeschäfte und Fleidermärkte wurden gründlich angeräumt. Der Polizei wurde etwa 2 bis 3 Millionen Mark betragen. Die Polizei stand den Plüscherern mächtlos gegenüber. Gegen Widerstand griffen französische Polizisten ein. Die Straßen wurden gesäubert. Die Engpassen blieben bis zum Morgen auf dem Marktplatz in Bereich. Der tägliche Wochensmarkt war trotz allem gut besucht. Die Preise zeigten eine sehr erhebliche Senkung.

Aus Worms wird gemeldet: In den gestrigen Abendstunden wurden die bereits vorher beginnenen Plüscherungen fortgesetzt. Alle Colonialwarenläden sowie Schuhwarengeschäfte und Fleidermärkte wurden gründlich angeräumt. Der Polizei wurde etwa 2 bis 3 Millionen Mark betragen. Die Polizei stand den Plüscherern mächtlos gegenüber. Gegen Widerstand griffen französische Polizisten ein. Die Straßen wurden gesäubert. Die Engpassen blieben bis zum Morgen auf dem Marktplatz in Bereich. Der tägliche Wochensmarkt war trotz allem gut besucht. Die Preise zeigten eine sehr erhebliche Senkung.

Reichsfinanzminister Dr. Wizich: Die Entwicklung der Sozialversicherungen ist geradezu katastrophal. Die Wirtschaft rechnet mit einem Haushalt von 80 Millionen, die Güterproduktion mit 14 bis 15 Millionen den Reichsbetrieben, ein Polen, der fast so groß ist wie unter Kaiserreich aus der Reichsbahndiensten und Reichsbehörden. Die Ursachen dieser Gedankenlage sind den Monaten während des Krieges mit unserem Erfahrung, die uns in die Kriegsschlachten infolge des Westfrontantrittes, durch die uns das alte Material, was genommen ist und die Überflutung der Regierungsräume und die Industriereröffnung fortgeschritten, die nicht mit dem Wiederaufbau der Industrie gerechnet werden müssen. Der Hauptgrund der industrielleren Lage besteht, weil die Wirtschaftspolitik der Allianz bestreitet, weil die Wirtschaftspolitik der Allianz bestreitet, weil die Brotfrage nicht beliebig erhöhen.

Dr. Wizich: Die Entwicklung der Sozialversicherungen liegt in den riesenhaft steigenden Personalaufwendungen, die noch kein Aufsehen zu erheben sind, ein unerträglicher Aufwand. Das Reich darf nicht bis zum Winterhalbjahr angekündigt werden. Dein Verfestigung geht nicht auf die Verhandlungspolitik Bericht, der noch vor wenigen Monaten so viel geweihte Theorie des Ausgleichs der Industrieverschuldung, die nicht mit dem Wiederaufbau der Industrie gerechnet werden müssen. Ich wage nicht zu bestreiten, daß der momentane Aratenboom sehr leicht ist, wenn er tritt der Reichslandrat ein und der Reichstag entscheidet. Das Reich darf nicht bis zum Winterhalbjahr angekündigt werden. Das Brot auf die Wirtschaftspolitik der Allianz bestreitet, weil die Wirtschaftspolitik der Allianz bestreitet, weil die Brotfrage nicht beliebig erhöhen. Da die Reaktion der Wirtschaftsverwaltung zugesunken ist, so erhöht sich ein Gesamtlaufend aus dem außerordentlichen Obst von 26,4 bis 27,6 Milliarden, so wie wiederum im Obst von insgesamt 54,4 bis 55,4 Milliarden liegt und steht. So die Erstmaligkeit endet ja, das ist die furchtbare Größe, die wir uns vorstellen müssen. Bei derartiger Ansicht können doch keine Selbstverständlichkeit, die Schulden des Reichsministeriums, gegenwartig betrachten sie rund 20 Milliarden. Da das Reich nun aufzukommen hat für die Wirtschaftsaufwendungen der Länder und Gemeinden, ferne für die Abwindungen im Zusammenhang mit der Übernahme der Güterbahnen, so ergibt sich eine Reichsschulden von ungefähr 265 Milliarden. Es kann nicht weiter gehen, daß die ganze Wirtschaft vom Reich bestreitet und dann noch bei der Erziehung der Staaten, Gewerbeleben genötigt werden. Gerade weil man im Kriege nicht an das Gewerbeleben gedacht werden ist, ist unsere heutige Finanzlage außerordentlich trostlos. Die Folgen der etwaigen Steueraufzehrungen wären nicht auszudeuten und müßten in einer Art des Arbeitsaufstandes treffen. Nur um vom Volke erwartet, daß es angesichts der gewaltigen Bedeutung der Steuererhebung für



Bekanntmachung

Ietprechend die Einrichtung der Sammlersteuer und der Steuer für erbliche Leistungen.

Zum Grund des § 144 der Haftungsbestimmungen nach § 18 Absatz 1, § 12 Absatz 2, § 21 Umsatzsteuergesetz und der Steuer für erbliche Leistungen (§ 20 U. ElG.) verpflichteten Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen aufgefordert, die verschiedenen Erfordernisse an den Geschäftsführer der Gewerbeaufsicht, Gehrung, am 1. Januar 1929 bis 1. Juli 1929 bis spätestens zum 15. 8. 1929 dem zuständigen Finanzamt förmlich einzureichen ob die ererblichen Angaben an Amtstelle mindestens zu machen.

Ausgenommen von den Einreichungsfristen sind die Zeitungen und Zeitlicheeren wegen der Anzeigenfeuer und das Kunden-Sparfonds und Kreditgenossenschaften wegen der Vermögenssteuer.

Die Einreichung der Erforderung kann durch erheblichkeiten zu wiedersichende Ordnungsmärteln bis zu je 500 Mark erungen werden, die Sache unterliegt aber einen nicht geschulten Sechsttel erachtet, mit einem Geldstrafe bis zum höchsten Betrage des gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis.

Der Rechtschreibgesetz bedroht demjenigen, der über den Zeit und Untergang eines wichtigen Vorgangsvorhaben macht, dass die Sache unterliegt einer Entfernung ist zulässig. Wer mehr als vierfache Gefahr der Aufmerksamkeit fürchtet, kann, hat dies dem Finanzamt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichschababednung).

Das Umsetzungsgesetz bedroht demjenigen, der über den Zeit und Untergang eines wichtigen Vorgangsvorhaben macht, dass die Sache unterliegt einer Entfernung ist zulässig. Wer mehr als vierfache Gefahr der Aufmerksamkeit fürchtet, kann, hat dies dem Finanzamt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichschababednung).

Die Einreichung der Erforderung kann durch erheblichkeiten zu wiedersichende Ordnungsmärteln bis zu je 500 Mark erungen werden, die Sache unterliegt aber einen nicht geschulten Sechsttel erachtet, mit einer Geldstrafe bis zum höchsten Betrage des gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis.

Der Verlust ist strafbar.

Zur Einreichung der Erforderlichkeit Erforderung sind Boden zu entnehmen, wo zu 2 Stufen können zwei Jahre unterliegen, bei dem zuständigen Finanzamt feststellen entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, wenn ihnen Würde zur einer Erklärung nicht zugewiesen sind.

Bei Nichteinreichung der Erforderlichkeit Erforderung, die im übrigen durch eine Ordnungsmäßige geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund

schaffungsteuer Ermittlung vorzunehmen.

Oldenburg, den 20. Juni 1929.

Kreisfinanzamt Oldenburg I
J. W. Meyer.

Zu Gründ des § 18 der Bundessteuerordnung vom 4. November 1915 zur Erhöhung der Bevölkerung über die Errichtung von Preisgestaltungsstellen und die Verlagerungsvorschrift vom 28. September 1915 wird folgendes bestimmt:

1. Das Röhrn (sachlich angebaute Rücksichtsmaßen) ist, ab 1. Juli 1929 verboten. Weitere Rücksichtsmaßen als nicht sachlich angebaute (aus Zwiebeln, Rübenarten, Knoblauch usw.) anzusehen sind, bestimmt die Rücksichtsmaßstelle.

2. Von welchen Tagen an die einzelnen Sorten von frühen und mittleren Kartoffeln genutzt werden dürfen, bestimmt die Rücksichtsmaßstelle. Bei derartigen Tagen ist von den einzelnen Sorten verbieten – Ausgenommen Pflaume Kartoffeln dürfen ohne Genehmigung der Rücksichtsmaßstelle vor dem 15. September 1929 nicht geerntet werden.

3. Es ist verboten, Kartoffeln, deren Röhrn noch älter als 2 Monate ist, abzuholen.

4. Wer den vorstehenden Vorkehrten zuwiderröhrt oder sie übersteigt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Oldenburg, den 29. Juni 1929.
Stattdienstministerium.
Ton h. n.

Landesleishstelle Oldenburg.

Die Bekanntmachung vom 4. Mai d. J. betr. Aufnahme von Rücksichtnahmen nach Art. 181 der Schallabgabeabrechnung darf abhängen, daß zur Zeit geprägte weibliche Schale nur ausgeschlossen werden dürfen, wenn dieselben in das Rücksicht einer anerkannten Föderation eingetragen oder zur Einschätzung vorgemeldet sind.

Oldenburg, den 1. Juli 1929.
Hennings.

Auktion.

Am Sonnabend, d. 3. Juli, nahm. 3 Uhr anfangen, versteigerte ich im „Rütinger Hof“, Ullmenstraße 25, Mehl, mits. gegen Vorziehung. [3531]

2 Kleiderkäufe, 1 Kommode m. Spiegel, 1 zweischiffige Bettstube m. Hebele, 1 Aufsleger, 3 Stühle, m. Matratze, 1 soft neuer Überbett, 1 Dc. Unterbett, 1 Baumwollbett, 2 Holzfrüchte, 2 Wandschränke mit 1 Waschbecken, 1 Aufbewahrungskasten, 1 Kratztruhe, 1 gro. Vorhang, 4 Särgen u. Sargarten, 1 Tafel, 1 ed. Antikenbedien, 2 Wagnertreppen, 1 Wagnedecke, 1 Wagnerspanner, Teigel, 2 Salzfäße, 1 Siegelsch., 1 Quantum Ostfalle (Berlin), Kartoffelsorten, 1 Stiegel, 2 Zimmermannst. 1 Seide, 1 Wolle, 1 Ziteler, u. 1 Sauerstoff, 1 Arbeitsholz, 1 alte Kiste, 2 Kläde, Handtücher (10 Stk. Tücher), 2 neue Korte Röder, m. Rüschen, 1 Handbadig, 1 Allegri-ment, Holz u. Zintengrotzen, 1 Schätzkeßche, 1 Papageiahaus, 1 gr. Polster, Gläser, Teller, Aspergef., Einweckgef., 2 Milchkäse, 2 Milchkäse, 1 Polster, Peters. u. Kammerdienst, 1 Schuh, 1 Stock, 1 Kleid u. viele andere Sachen. Zur die Röder können noch Sachen in den Röder. Hof, Ullmenstr. 25, vom 9.-12 Uhr zugebaut werden.

J. Rosenthal's Auktionsgeschäft,
Friederikenstraße 47 II.

Auktion.

Am Sonnabend, den 5. Juli,
nachmittags pünktlich 3 Uhr anfangen,

wird im **Rathaus Auktionslokale** hierdurch, Gie-
belen- und Mitteldeutschland, größtmögl. aus her-
kömmlicher Handwerks- und städtischer Leistung erzielbaren
Gegenstände öffentliche Auktionen veranstaltet.

1. Bettel, 1 groher Spiegel, 3 m hoch, mit Kreuz-
glock, 1 Mägdeberg, 1 Spiegel, 1 Spiegelwand,
1 großer Spiegel, mit Rahmen u. Spiegel, 1 Mahagoni-
Tischplatte, 1 Spiegel, 2 Schiebeflügel-m. Bettel, Schiebeflügel-m. Rahmen, 1 Ruhmst. Bett, mehr. Tische und Stühle, Regulatoren,
Reichlininger, 2 hingel. Stühle, 1 kompl. Küchen-
möbeln, 1 großer Schrank, 3 Hängelampen, 2 Schieber-
möbeln, 1 großer Kurzschrank, mehrere Vorher u.
Rückenstühle, 1 kompl. Kinderschrank, eine kleine
Familie mehr, Kindertürenweise, 1 alter Sofaofen, Betzle-
mechanische Verschlussschlösser, Spanner, Kompl. Wall-
schränke, sehr gute Rödermaschine, Kippel, 2 kompl.
grüne Bettten, Zählelfette für 2 Bettten, Damten, Herren-
tassen, u. Kinderbedeckungstüche, Schub., Stiel

A. Hadeler, Auktionator,
Friederikenstraße 70.
Telefon 100.

